

## **Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck will Versöhnung mit SED-Erben**

Potsdam - Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck fordert eine Versöhnung mit den Erben der SED. "Zwei Jahrzehnte nach dem revolutionären Umbruch in der DDR müssen wir in Deutschland endlich anfangen, es mit dem überfälligen Prozess der Versöhnung wirklich ernst zu meinen", schreibt Platzeck in einem SPIEGEL-Essay. Quer durch die ostdeutsche Gesellschaft ziehe sich "auch nach 20 Jahren noch immer – und sogar wieder zunehmend – ein ungesunder Riss", so der SPD-Mann, "Barrieren wurden wieder aufgerichtet, Spaltungen haben sich verfestigt."

In seinem Appell lobt Platzeck als Beispiel für gelungene Integration ausdrücklich versöhnliche Gesten des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher gegenüber der Waffen-SS. Schumacher, der fast zehn Jahre lang KZ-Häftling war, hatte 1951 einen versöhnlichen Umgang mit den überlebenden Mitgliedern der Waffen-SS als "menschliche und staatsbürgerliche Notwendigkeit" bezeichnet.

Der seit 1990 vereinigte Bundesrepublik sei im Vergleich zum Westdeutschland der Nachkriegszeit "zwar eine bemerkenswerte, richtige und bessere Aufarbeitungsleistung gelungen", so Platzeck, "eine vergleichbare Integrationsleistung jedoch nicht". Im Verhältnis zur Linkspartei als Nachfolgeorganisation der SED gehe es "immer auch um die Last der Geschichte". "Diese Macht der Vergangenheit ist gut erklärlich", schreibt Platzeck, "aber sie tut Ostdeutschland nicht gut, und sie tut der politischen Kultur in unserer seit 1990 vereinigten Republik nicht gut."

Platzeck hatte nach den jüngsten Landtagswahl in Brandenburg seine Koalition mit der CDU beendet, um künftig mit der Linken zu regieren. "Ob wir die richtigen Lehren aus der Geschichte ziehen, erweist sich weniger in ritualisierter Vergangenheitsbewältigung als in unserer Bereitschaft zu tätigem Neubeginn", schreibt der frühere Bürgerrechtler.

Besonders umstritten ist die geplante Ernennung von Volkmar Schöneburg zum Justizminister von Brandenburg. Dem 51 Jahre alten Verfassungsrichter wird vorgeworfen, die Todesschüsse an der Mauer zu rechtfertigen und die DDR nicht als Unrechtsstaat einzuordnen. In einer wissenschaftlichen Streitschrift zu den Mauerschützen-Prozessen aus dem Jahr 2002 lehnte Schöneburg die Klassifizierung der DDR als Unrechtsstaat ab. Dabei nannte er den Begriff "unwissenschaftliche, moralisierende Verdrängungsvokabel". ([Link zum Dokument](#))

Bündnis 90 / Die Grünen forderten den Anwalt auf, die früheren Äußerungen klarzustellen. CDU und FDP verlangten den Rückzug Schöneburgs. Nach Informationen der Berliner Morgenpost soll auch die SPD die Führung der Linkspartei aufgefordert haben, den Personalvorschlag für das Kabinett zurückzuziehen.

Rückendeckung gab es von Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg. Dieser hob die wissenschaftliche Betrachtungsweise des Juristen hervor. Schöneburg selbst verteidigt seine Sätze als wissenschaftlichen Beitrag zu den Mauerprozessen. Die Linke-Führung nannte ihren Kandidaten "einen Demokraten ohne Tadel". red